



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2015

**Denunziation in der Schweiz: der politische Nachrichtendienst des
Schweizerischen Vaterländischen Verbandes, 1930-1948**

Zimmermann, Dorothe

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-113389>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Zimmermann, Dorothe (2015). Denunziation in der Schweiz: der politische Nachrichtendienst des Schweizerischen Vaterländischen Verbandes, 1930-1948. In: Krätzner, Anita. Hinter vorgehaltener Hand: Studien zur historischen Denunziationsforschung. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 51-65.

Dorothe Zimmermann

Praktiken der Denunziation in der Schweiz. Der politische
Nachrichtendienst des Schweizerischen Vaterländischen
Verbandes, 1930 bis 1948

»In Zürich, Aemterstrasse 174, 4. Stock, soll Johann Eugster [...] in seinem Schlafzimmer eine illegale Druckerei für die KPZ¹ errichtet haben«², schrieb Arnold Huber am 8. Februar 1934 an die schweizerische Bundesanwaltschaft. Diese reagierte umgehend und beauftragte die Kantonspolizei Zürich mit polizeilichen Ermittlungen.³ Eine Befragung des Kindermädchens, das bei Eugster angestellt war, ergab, dass dieser zwar »tatsächlich eine ganz kleine Druckerpresse« in seinem Schlafzimmer habe, diese aber nur brauche, um »als Nebenverdienst« Visitenkarten zu drucken. Er sei auch nur im Besitz von sehr kleinen Schriftsätzen, mit denen keine Flugblätter gedruckt werden könnten. Politisch sei Johann Eugster noch nie aufgefallen und auch innerhalb der Kommunistischen Partei sei er unbekannt. Dennoch beabsichtigte der ermittelnde Polizeikorporal, »immerhin diese Druckerei ein wenig im Auge [zu] behalten«.⁴

Arnold Huber, der den oben zitierten Brief an die Bundesanwaltschaft schickte, war Sekretär des Schweizerischen Vaterländischen Verbandes (SVV)⁵. Dass der Bundesanwaltschaft die Meldung eines SVV-Mitgliedes als Ermittlungsgrundlage für eine polizeiliche Untersuchung diene, war kein Einzelfall. Der SVV denunzierte bei den schweizerischen Bundesbehörden⁶ zahlreiche Personen, die er der kommunistischen oder sozialistischen Tätigkeit verdächtigte oder die er aus anderen Gründen als »unschweizerisch«⁷ empfand.

1 Kommunistische Partei Zürich.

2 Brief von SVV an Bundesanwaltschaft (BA) v. 8.2.1934; Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), E 4320(B), 1990/270, Bd. 16, unpag.

3 Brief von BA an Polizeikommando Kanton Zürich v. 8.2.1934; BAR, E, 4320(B), 1990/270, Bd. 16, unpag.

4 Polizeikorps Kanton Zürich: Spezialrapport v. 23.2.1934; BAR, E 4320(B), 1990/270, Bd. 16, unpag.

5 Dieser Text befasst sich mit einem Teilaspekt meines Dissertationsprojektes »Antikommunismus vor dem Kalten Krieg. Der Schweizerische Vaterländische Verband, 1930–1948«.

6 Die meisten Meldungen gingen an die Bundesanwaltschaft, aber auch die eidgenössische Fremdenpolizei und die Bundesräte erhielten regelmäßig Meldungen des Verbandes.

7 SVV: Instruktion betr. Nachrichtendienst v. 5.6.1939; BAR, J 2.11, 1000/1406, Bd. 20, S. 3.

Rund 15 Prozent aller Personendossiers des Polizeidienstes der Bundesanwaltschaft zu (angeblichen) Kommunisten und Sozialisten aus dem Zeitraum von 1930 bis 1938 enthalten Meldungen des SVV.⁸ Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ging die Anzahl der Meldungen des Verbandes zurück.

Die bislang noch kaum näher untersuchten Akten des SVV aus dem Zeitraum von 1930 bis 1948⁹ sowie Akten der schweizerischen Bundesanwaltschaft, der Eidgenössischen Fremdenpolizei und einzelner Bundesräte zeugen von einem intensiven, außergesetzlichen Austausch zwischen dem privaten Verband SVV und den Bundesbehörden. Die Akten geben Hinweise darauf, dass der SVV mit seiner fremdenfeindlichen und antikommunistischen Politik und seiner denunziatorischen Bespitzelungspraxis das behördliche Vorgehen im Bereich des Staatsschutzes über Jahre hinweg prägte.

Am Beispiel des SVV sollen in diesem Beitrag Praktiken der Denunziation in der Schweiz im Zeitraum von 1930 bis 1948 untersucht und gezeigt werden, dass auch in der demokratischen Schweiz Denunziationen aus der Bevölkerung staatliches Handeln bedingten.¹⁰ Nach einem kurzen Abriss der Geschichte des SVV und einigen Anmerkungen zum Begriff der Denunziation stehen danach abschnittsweise die Denunzianten, die Denunzierten, die Denunziationswege und abschließend Motive und Effekte der Denunziation im Zentrum der Betrachtung.

1 Der Schweizerische Vaterländische Verband, 1919 bis 1948

Der SVV wurde in Reaktion auf den Landesstreik vom November 1918, eine der schwersten politischen Krisen der Schweiz, im April 1919 gegründet.¹¹

Während die streikende Arbeiterschaft mit dem Landesstreik vor allem sozialpolitische Forderungen verband, fürchteten bürgerliche Kreise den Umsturz der alten politischen Ordnung und den Aufstieg der Arbeiterbewegung, wie sie

8 Dies ergab eine Auszählung aller Dossiers von Kommunisten oder Sozialisten, deren Name in den Akten des Polizeidienstes der BA mit »B« beginnt (Ablieferungen in: BAR, F4320B, 1975/40; 1978/121; 1980/77; 1984/29).

9 BAR, J.2.11, 1000/1406, Bd. 1–67.

10 Von der historischen Denunziationsforschung wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass Denunziation auch in westlichen Demokratien vorkomme. (Vgl. bspw. Sheila Fitzpatrick; Robert Gellately: *Introduction to the Practices of Denunciation in Modern European History*. In: *The Journal of Modern History* 68 [1996] 4, S. 747–767, hier 759.) Forschungen zu Denunziation in demokratischen Systemen des 20. Jahrhunderts sowie zu Denunziation in der Schweiz stehen bislang noch aus.

11 Willi Gautschi: *Der Landesstreik 1918*. Zürich 1988; Bernard Degen: *Landesstreik*. In: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version v. 9.8.2012, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16533.php> (letzter Zugriff: 7.6.2013).

ihn in Deutschland und Österreich beobachten zu können glaubten. Mit einem überdimensionierten Militäraufgebot sowie zahlreichen, neu entstandenen Bürgerwehren wurden die Streikenden in Schach gehalten. Aus Angst vor einer Niederschlagung durch die Armee erklärte das Streikkomitee den Streik bereits nach drei Tagen für beendet.

Von bürgerlich-konservativer Seite her wurde der Landesstreik als bolschewistischer Revolutionsversuch gedeutet, bei dem russische Revolutionäre und russisches Geld eine führende Rolle spielten – eine Deutung, welche die politische Konstellation der Schweiz maßgeblich prägte.¹² Noch Jahrzehnte nach dem Landesstreik wurden die Linken als unzuverlässige Bürger angesehen.

Die Angst vor einem politischen Umbruch wurde noch bestärkt durch die Ablösung des Majorz- durch das Proporzwahlssystem im Oktober 1918, was zur Folge hatte, dass bei den ersten Wahlen nach neuem System 1919 vermehrt sozialdemokratische Politiker ins Parlament gewählt und die Hegemonie der Freisinnigen Partei gebrochen wurde. Was auf den ersten Blick nach einer Erweiterung und Ausdifferenzierung der Demokratie aussah, hatte letztlich eine Blockbildung sämtlicher bürgerlichen Parteien und Gruppierungen, eine »rechtsbürgerliche Hegemonialisierung von Staat und Gesellschaft«¹³ und eine Stigmatisierung der Sozialdemokratie zur Folge.¹⁴

Innerhalb dieser antisozialistischen Stimmung ist die Gründung des SVV anzusiedeln, der aus der Zusammenfassung der während des Landesstreiks entstandenen Bürgerwehren im April 1919 hervorging. Ab 1920 baute der SVV einen politischen Nachrichtendienst auf, der die Bespitzelung »wilder sozialistischer und kommunistischer Vereinigungen durch Vertrauensleute«¹⁵ zum Ziel hatte und regelmäßig Meldungen an die Bundesbehörden machte. Nach einem Bestechungsskandal, in den die Verbandsleitung im Dezember 1947 involviert war, dem damit einhergehenden Vertrauensverlust vonseiten der Bundesbehörden sowie dem Austritt zahlreicher Mitglieder löste sich der SVV 1948 auf.¹⁶

12 Vgl. Mario König: *Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Krisen, Konflikte, Reformen*. In: Manfred Hettling (Hg.): *Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen*. Frankfurt/M. 1998, S. 21–90, hier 38 f.; Hans Ulrich Jost: *Der historische Stellenwert des Landesstreiks*. Nachwort zu: Gautschi: *Landesstreik*, S. I–XV, hier I.

13 Andreas Ernst; Erich Wigger: *Innovation und Repression. Die Restabilisierung der bürgerlichen Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg*. In: Kurt Imhof; Heinz Klegler; Romano Gaetano (Hg.): *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*. Zürich 1993, S. 109–171, hier 165.

14 Vgl. Hans Ulrich Jost: *Bedrohung und Enge*. In: Ulrich Im Hof u. a. (Hg.): *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*. Basel 1986, S. 731–820, hier 739.

15 SVV-Zirkular v. 28.2.1920, zit. nach: Andreas Thürer: *Der Schweizerische Vaterländische Verband und die in ihm zusammengeschlossenen Bürgerwehren 1919–1923*. Basel 1976 (unpubl. Lizentiatsarbeit), S. 131.

16 Die Geschichte des SVV von 1919 bis 1930 ist Gegenstand einer Dissertation von Andreas Thürer (Andreas Thürer: *Der Schweizerische Vaterländische Verband, 1919–1930/31*. Diss. Basel

2 Praktiken der Denunziation

Ohne im Detail auf die innerhalb der historischen Denunziationsforschung geführten Diskussionen zur Definition von Denunziation einzugehen,¹⁷ soll zunächst geklärt werden, welches Begriffsverständnis von Denunziation diesem Text zugrunde liegt. Um nicht den Deutungen der Zeitgenossen, resp. den eigenen Vorannahmen aufzusitzen, empfiehlt sich eine breite und offene Definition des umgangssprachlich verständlichen Begriffs, welche es erlaubt, am Einzelfall zeit- und kontextabhängig aufzuzeigen, wie Denunziation und Denunzieren funktionierte. Die Definition, die diesem Aufsatz zugrunde liegt, stammt von Sheila Fitzpatrick. In einem ihrer späteren Beiträge führt sie aus, das Einzige, was für alle Denunziationen charakteristisch sei, sei die Tatsache, dass »the denouncer is a citizen who is calling on the state [...] to take disciplinary action against another citizen«¹⁸. Zur zentralen Frage, inwiefern sich Anzeigen von Denunziationen unterscheiden, die mit dieser breiten Definition offen bleibt, stütze ich mich auf Michael Schröter. Er stellt fest, dass bei der Denunziation die Wahrnehmung der Dimension des Verrats überwiegt, während bei den als Anzeige aufgefassten Meldungen, die anzeigende Person persönlich betroffen ist und somit die Dimension der Strafverfolgung im Vordergrund steht.¹⁹ Damit scheint klar, dass auch die Meldungen des SVV als Denunziationen zu bewerten sind.

Neben einer breiten Definitionsgrundlage scheint mir für die Analyse von Denunziationen die Feststellung wichtig – und darauf zielt auch die Frage nach den im Titel angekündigten Praktiken der Denunziation –, dass das Handeln der denunzierenden Akteure abhängig ist von spezifischen Konstellationen und strukturellen Rahmenbedingungen, wie etwa der staatlichen Form der Informationsgewinnung, den politischen Regulierungsprozessen des gesellschaftlichen Denunziationsverhaltens, den Partizipationsmöglichkeiten für soziale Gruppen und einzelne Personen oder auch dem gesetzlichen Umgang mit denunziatorischen Informationen.²⁰ Diese normativen Strukturen prägen

2010). Die Darstellung der Verbandstätigkeit nach 1930 und insbesondere der Zusammenarbeit des Verbandes mit den Behörden steht noch aus.

17 Vgl. ausführlich in: Stephanie Abke: Sichtbare Zeichen unsichtbarer Kräfte. Denunziationsmuster und Denunziationsverhalten 1933–1949. Tübingen 2003, S. 57–60; Ela Hornung: Denunziation als soziale Praxis. Fälle aus der NS-Militärjustiz. Wien u. a. 2010, S. 17–27; Christoph Thonfeld: Sozialkontrolle und Eigensinn. Denunziation am Beispiel Thüringens 1933 bis 1949. Weimar 2003, S. 27–32. Vgl. zudem den Beitrag von Anita Krätzner in diesem Band.

18 Sheila Fitzpatrick: Denunciation and Problems of Loyalty and Citizenship. In: Michaela Hohkamp, Claudia Ulbrich (Hg.): Der Staatsbürger als Spitzel. Denunziation während des 18. und 19. Jahrhunderts aus europäischer Perspektive. Leipzig 2001, S. 383–396, hier 391.

19 Michael Schröter: Der willkommene Verrat. In: ders. (Hg.): Der willkommene Verrat. Beiträge zur Denunziationsforschung. Weilerswist 2007, S. 203–226, hier 222.

20 Thonfeld: Sozialkontrolle, S. 74.

das Handeln der Akteure, werden gleichzeitig aber auch durch sie modifiziert und müssen daher ebenfalls Eingang in die Analyse von Denunziationen finden.

3 Die Denunzianten und ihr Nachrichtendienst

Der 1920 gegründete Nachrichtendienst mit Sitz in Aarau wurde ab 1930 vom eingangs erwähnten Arnold Huber, Sekretär des SVV, geleitet. Der Nachrichtendienst arbeitete mit Vertrauensleuten zusammen, die gemäß Weisungen des Verbandes »ganz verschwiegen und politisch absolut zuverlässig«²¹ zu sein hatten. Ihre Aufgabe war die Meldung »von allfällig wahrgenommenen staatsgefährlichen Vorkommnissen und als solche verdächtige Erscheinungen«.²² Die Vertrauenspersonen schickten ihre Beobachtungen an Huber, der sie an die Bundesbehörden weiterleitete. Es handelt sich somit um eine Form von institutionalisierter Denunziation, die für die Behörden eine gewisse Kontrolle und Kontinuität gewährleistete.

Bereits ab 1921 machte der SVV erste Denunziationsmeldungen; voll funktionsfähig war der Nachrichtendienst aber erst ab 1929.²³ In den 1930er Jahren stellte der Nachrichtendienst schließlich die wichtigste Verbandstätigkeit in seinem Kampf gegen Kommunismus und Sozialismus dar.

Die Vertrauensmänner rekrutierte der SVV sowohl in seinem eigenen, rechtsbürgerlichen Umfeld, als auch unter Mitgliedern der 1921 gegründeten Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS), welche dem SVV gegen Bezahlung²⁴ Informationen aus (meist geheimen) Versammlungen lieferten und so eine Infiltration der Partei ermöglichten.

Für die kommunistischen Gewährsmänner des SVV gilt, was bereits mehrere historische Arbeiten zu Denunziationen zeigten: Sie denunzierten Personen aus ihrem engeren Umfeld und standen in den meisten Fällen tendenziell am Rande der Gesellschaft. Das soziale Profil der (rechts-)bürgerlichen Gewährsmänner, das aufgrund der fragmentierten Quellenlage und einer Anonymhaltung der Gewährsmänner gegenüber den Behörden allerdings nur in Ansätzen rekonstruiert werden kann, sah jedoch anders aus: Unter ihnen befanden sich durchweg Menschen aus angesehenen, höheren Berufsfeldern: Offiziere, Ad-

21 Streng vertrauliche Weisung: Organisation eines vertraulichen Beobachter- und Meldedienstes v. 16.1.1939; BAR J.2.11, 1000/1406, Bd. 25, S. 1.

22 Ebenda.

23 Thüner: Der SVV, S. 521.

24 Vgl. Brief von SVV an Rudolf Brun v. 19.12.1932; BAR J.2.11, 1000/1406, Bd. 25, unpag.

vokaten oder auch Hotelbesitzer wurden in den Quellen genannt.²⁵ Das soziale Profil dieser Vertrauensmänner widerspricht somit dem zentralen Befund der Denunziationsforschung, wonach betont wird, dass innerhalb der gleichen sozialen Schicht oder von »unten nach oben« denunziert werde.²⁶ Allerdings hat bereits Stephanie Abke diesem Befund ihre Ergebnisse gegenübergestellt, die zeigen, dass in ihrem Untersuchungsgebiet ebenfalls von oben nach unten denunziert wurde, dass also »Bauern, Bäuerinnen oder Arbeitgeberinnen bei ihnen angestellte junge Mädchen denunziert haben«²⁷.

Auch die Beobachtung, dass zwischen den rechtsbürgerlichen Denunzianten des SVV und den Denunzierten oft keine persönliche Beziehung bestand, widerspricht zentralen Aussagen der Denunziationsforschung.²⁸ Inzwischen gibt es aber auch hierzu Forschungen, die zu anderen Resultaten kamen. So hat Ela Hornung nachgewiesen, dass nur in rund 11 Prozent aller von ihr untersuchten Fälle nähere Beziehungen zwischen der denunzierten und der denunzierenden Person vorlagen.²⁹ Die Thesen einer ausschließlich von unten nach oben bzw. auf gleicher Ebene verlaufenden Denunziationsrichtung und einer engen Beziehung, die teilweise auch in die Definitionsversuche eingeflossen sind, können damit widerlegt werden.

4 Denunzierte

Geprägt durch das Landesstreik-Erlebnis von 1918 und weitere kleinere Streiks durch die Arbeiterbewegung ging der SVV von einem klar umrissenen Feind im Landesinnern aus: die Kommunisten und in der Gründungszeit auch die Sozialisten galten als die größte Bedrohung.

Bis zum Verbot der KPS 1940 war die bloße Mitgliedschaft in der Partei nicht illegal, jedoch gab es zahlreiche antikommunistische Gesetze, wie etwa den Ausschluss der Kommunisten aus der Bundesverwaltung 1932³⁰ sowie

25 Vgl. bspw. Brief von E. Hansen, Direktor Hotel Regina, Mürren an SVV v. 22.5.1944; BAR, J 2.11, 1000/1406, Bd. 57, unpag.; Brief von Otto Sutter, Rechtsanwalt an SVV v. 6.12.1944; BAR, J 2.11, 1000/1406, Bd. 54; Bericht des Gewährsmannes Leutnant Lang v. 11.8.1944; BAR J.2.11, 1000/1406, Bd. 25.

26 Vgl. Robert Gellately: Denunciation as a Subject of Historical Research. In: Historische Sozialforschung 26 (2001) 2/3, S. 16–29, hier 27.

27 Abke: Sichtbare Zeichen, S. 168.

28 Fitzpatrick: Denunciation, S. 383–396, hier 390.

29 Hornung: Denunziation als soziale Praxis, S. 82.

30 BRB betr. Ausschluss der Kommunisten aus der Bundesverwaltung v. 2.12.1932, Amtliche Sammlung des Bundesrechts (AS) 48, S. 780 f., zit. nach: Reto Patrick Müller: Innere Sicherheit Schweiz. Rechtliche und tatsächliche Entwicklungen im Bund seit 1848. Egg bei Einsiedeln 2009, S. XXXV.

verschiedene Maßnahmen gegen »kommunistische Umtriebe« in der Schweiz ab 1936³¹, welche das gesamtschweizerische Verbot der KPS vom 26. November 1940 vorbereiteten und eine Grundlage für die Denunziation von Schweizer Kommunisten boten.

Der Zürcher Streik der Heizungsmonteur im Mai/Juni und die sogenannten Genfer Unruhen³² im November 1932, die der SVV als kommunistischen Umsturzversuch im Stile des Landesstreiks deutete³³, aktivierten die Vertrauensleute des SVV: 1932 ist ein erster Höhepunkt an Meldungen festzustellen, in denen Mitglieder der KPS denunziert wurden. Als Delikte wurden etwa Kontakte mit dem »revolutionären Ausland«³⁴, eine »Parteiheirat« bzw. »Scheinehe«³⁵ oder der angebliche Besitz von Waffen³⁶ genannt. Obwohl die Beweislage für einen bevorstehenden kommunistischen Umsturz damit äußerst dünn war, reagierte die Bundesanwaltschaft auf die meisten Meldungen des SVV mit einer polizeilichen Untersuchung.

Ein markanter Anstieg von Denunziationen durch den SVV ist nach der nationalsozialistischen Machtergreifung zu verzeichnen, als zahlreiche politisch verfolgte Kommunisten und Sozialdemokraten und von antisemitischen Boykotten und gesetzlichen Diskriminierungen bedrohte Juden in die Schweiz emigrierten. Die Schweizer Behörden begegneten den Emigranten misstrauisch, und illegal eingereiste Kommunisten wurden in den 1930er Jahren gewöhnlich wieder ausgewiesen.³⁷ Aufgrund einer engen Auslegung des Begriffs »politischer Flüchtling« erhielten die meisten Emigranten auch kein politisches Asyl.³⁸ Sie unterstanden stattdessen dem 1934 in Kraft getretenen Bundesge-

31 BRB betr. Maßnahmen gegen kommunistische Umtriebe in der Schweiz v. 3.11.1936, AS 52, S. 819 f.; Maßnahmen gegen staatsgefährliche Umtriebe und zum Schutze der Demokratie v. 5.12.1938, AS 54, S. 856–858; Maßnahmen gegen kommunistische und anarchistische Tätigkeit v. 6.8.1940, AS 56 II, S. 1336 f., zit. nach: Ebenda, S. 280, XXXV.

32 Als Genfer Unruhen wurden Zusammenstöße zwischen den militanten Sozialisten um Léon Nicole und den Anhängern der Union nationale von Georges Oltramare am 9. November 1932 bezeichnet, bei denen 13 Personen durch die aufgebotenen Rekruten getötet und über 80 Personen verletzt wurden. Vgl. Pierre Jeanneret: Genfer Unruhen. In: HLS, Version v. 25.8.2005, übersetzt aus dem Französischen <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17337.php> (letzter Zugriff: 7.6.2013).

33 Situationsbericht. Der Genfer Putsch vom 9./10. November. In: Die Nationale Front. Organ des SVV (1932) 2, S. 1–4.

34 Vgl. bspw. Meldung des SVV zu Heinrich Ströbel; Marie Walter v. 17.11.1933 (Eingangsdatum); BAR, E 4320(B), 1990/270, Bd. 16, unpag.

35 Jede Heirat von Kommunisten, mittels derer ein Ehepartner das Schweizer Bürgerrecht erwarb, wurde vom SVV als Parteiheirat aus politischen Gründen bezeichnet. Vgl. bspw. Meldung des SVV an BA v. 2.11.1933; BAR, E 4320(B), 1990/270, Bd. 16, unpag.

36 Meldung des SVV an BA v. 4.10.1933; BAR, E 4320(B), 1990/270, Bd. 16, unpag.

37 Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hg.): Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus. Zürich 2001, S. 139.

38 Politisches Asyl- und Bleiberecht erhielt nur, wer gemäß der im Frühling 1933 festgelegten und bis 1944 angewandten Definition politischer Flüchtling war: Menschen, die persönlich verfolgt wurden wie Staatsbeamte, Führer politischer Linksparteien oder bekannte Schriftsteller. Vgl. Uriel

setz über den Aufenthalt und die Niederlassung von Ausländern und erhielten jeweils nur auf wenige Monate befristete Toleranz-, Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligungen, bekamen meist ein Erwerbsverbot und durften sich auch politisch nicht betätigen.³⁹

Auf dieser Grundlage denunzierte der SVV nach 1933 zahlreiche Emigranten. Der bloße Hinweis des SVV auf eine angebliche Mitgliedschaft des/der Denunzierten bei einer kommunistischen Gruppe genügte, dass die Bundesanwaltschaft eine polizeiliche Ermittlung veranlasste, wie folgendes Beispiel zeigt. Der Münchner Handlanger Sebastian Bronberger, so meldete der SVV knapp, sei ein »führendes Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes«.⁴⁰ Bronberger war der Bundesanwaltschaft unbekannt. Trotz der Knappheit der Information eröffnete die Bundesanwaltschaft eine Personalakte (die Meldung des SVV bildete den ersten Eintrag) und veranlasste polizeiliche Ermittlungen.⁴¹ Auch in zahlreichen weiteren Fällen dienten Hinweise des SVV auf eine KP-Mitgliedschaft als Ermittlungsgrundlage gegen deutsche Flüchtlinge. Dabei konnte es sogar vorkommen, dass aufgrund von Ermittlungen, die auf einer SVV-Meldung basierten, Personen wieder aus der Schweiz ausgewiesen wurden.⁴²

Auch jüdische Flüchtlinge wurden vom SVV denunziert. Diese galten gemäß einem Memorandum des Fremdenpolizeichefs Heinrich Rothmund von 1933 ebenfalls nicht als politische Flüchtlinge, »da die Maßnahmen, die [in Deutschland – D.Z.] gegen die Juden ergriffen worden sind, [...] auf wirtschaftlichem Gebiet [liegen]«⁴³. Die jüdischen Flüchtlinge wurden von den Schweizer Behörden daher vor allem als (wirtschaftliches) Überfremdungsproblem unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten beurteilt.⁴⁴ Der SVV argumentierte in den Denunziationen zu jüdischen Flüchtlingen kulturalistisch und brachte die jüdischen Flüchtlinge mit dem ideologischen Konstrukt vom »jüdischen Bolschewismus«⁴⁵ mit Umsturz und Kommunismus in Zusammenhang. So erhielt die Bundesanwaltschaft beispielsweise im April 1939 die

Gast: Von der Kontrolle zur Abwehr. Die eidgenössische Fremdenpolizei im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft 1915–1933. Zürich 1997, S. 346.

39 Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hg.): Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht. Zürich 2002, S. 109.

40 Vgl. Eintrag v. 21.6.1933. In: Fichen-Kopie zu Sebastian Bronberger. In: BAR, E 4320(B), 1975/40, Bd. 39, unpag.

41 Ebenda.

42 Vgl. Meldung des SVV an BA v. 1.12.1933 (Eingangsdatum); BAR, E 4320(B), 1990/270, Bd. 16, unpag.; Fremdenpolizei: Ausdehnung der kantonalen Wegweisungsverfügung auf das ganze Gebiet der Schweiz und Einreisesperre v. 8.3.1934; BAR, E 4320(B), 1980/77, Bd. 63, unpag.

43 Memorandum des Chefs der Polizeiabteilung Rothmund v. 4.4.1933. In: Diplomatische Dokumente der Schweiz. Bd. 10, S. 626 ff., zit. nach: Gast: Von der Kontrolle zur Abwehr, S. 345.

44 Gast: Von der Kontrolle zur Abwehr, S. 331.

45 Vgl. André Gerrits: The myth of jewish communism. A historical interpretation. Brüssel 2009.

SVV-Meldung, dass sich »auffallend viele Juden in den Kreisen der kommunistischen Emigranten« bewegen.⁴⁶ Bis in den Zweiten Weltkrieg hinein denunzierte und diskreditierte der SVV jüdische Flüchtlinge mit dem Argument, sie seien Kommunisten. Im Januar 1940 meldete der SVV, dass die Jüdin namens Blanche Cori »im Auftrag der Komintern von Berlin nach Zürich gekommen« sei.⁴⁷

Indem der SVV die jüdischen Flüchtlinge bewusst nicht nur aufgrund der Tatsache, dass sie jüdisch waren, denunzierte, sondern sie einer verbotenen kommunistischen Aktivität zu überführen versuchte, knüpfte er an bereits etablierte Verfolgungs- und Überwachungsmuster der Bundesbehörden an und konnte damit auch in diesen Fällen polizeiliche Untersuchungen auslösen. Außerdem befreite sich der SVV mit dieser Argumentation seiner Meinung nach vom von linker Seite her geäußerten Vorwurf, antisemitisch zu sein.⁴⁸

Die Denunziationen von jüdischen Flüchtlingen standen also in der Kontinuität des antikommunistischen Diskurses der Zwischenkriegszeit, der durch die Denunziationen des SVV performativ reproduziert wurde und damit auch die restriktive Flüchtlingspolitik mitformte. Das Konzept vom »jüdischen Kommunismus« erlaubte einen beinahe nahtlosen Übergang von einer antikommunistischen zu einer antisemitischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges.

Mit der Schließung der Schweizer Grenzen im August 1942 für Menschen, die gemäß den Weisungen der Schweizer Behörden nicht als politische Flüchtlinge galten, also etwa »Flüchtlinge nur aus Rassegründen, z. B. Juden«⁴⁹, zeichnete sich auch in den Denunziationsmeldungen des SVV ein Wandel ab: Zum einen lässt sich feststellen, dass die Anzahl von Denunziationsmeldungen deutlich abnahm. Andererseits zeigt sich auch ein Wandel in der Argumentation: In den wenigen Denunziationsberichten, die der SVV noch schickte, wurden die Flüchtlinge nicht mehr aufgrund eines politischen oder wirtschaftlichen Delikts denunziert, sondern mit explizit antisemitischen Stereotypen aufgrund ihres »unschweizerischen« und »unsittlichen« Benehmens, das die gesellschaftliche Homogenität bedrohe.⁵⁰

Die zahlenmäßige Abnahme der Denunziationen kann auch mit der ab 1940 praktizierten Internierung der Flüchtlinge in zivil geführten Arbeitsla-

46 Meldung des SVV an BA v. 19.4.1939 (Eingangsdatum); BAR, E 4320(B), 1990/270, Bd. 16, unpag.

47 Meldung des SVV an BA v. 13.1.1940. In: Fiche zu Blanche Cori. BAR, E 4320(B), 1987/187, Bd. 39, unpag.

48 Vgl. bspw. Hans Schwarz: Der Schweizerische »Vaterländische« Verband und sein Generalsekretär. In: Die Nation v. 6.9.1944, S. 5 f.

49 Rothmund: Vertrauliche Weisung v. 13.8.1942. In: Diplomatische Dokumente der Schweiz, Online Datenbank Dodis: <http://www.dodis.ch/35326> (letzter Zugriff: 7.6.2013).

50 Vgl. bspw. Brief von SVV an Bundespräsident von Steiger v. 1.4.1944; BAR, J 2.11, 1000/1406, Bd. 25, unpag.

gern⁵¹ in einen Zusammenhang gebracht werden. Die staatlich verordnete Kontrolle und Disziplinierung machte den Nachrichtendienst des SVV überflüssig, resp. erschwerte den Zugriff auf Einzelpersonen. Dass die jüdischen Flüchtlinge nicht mehr als Kommunisten denunziert wurden, könnte damit zusammenhängen, dass die Flüchtlingspolitik offiziell klar eine antisemitische Ausrichtung erhielt (was sich in der Weisung zur Grenzschießung am evidentesten ausmachen lässt)⁵² und somit nicht mehr an alte Deutungsmuster von potenziellen Gefährdungen (wie den kommunistischen Umsturz) rekurriert werden musste, um bei den Behörden auf Gehör zu stoßen.

Ab 1944 trat die schweizerische Flüchtlingspolitik in eine neue Phase: Mit Blick auf die Nachkriegszeit und im Hinblick auf politische und diplomatische Interessen, wurde den verfolgten Juden ab Juli 1944 vorübergehend Zuflucht in die Schweiz gewährt. Auch humanitäre Aktionen und Rettungsversuche nahmen insgesamt zu.⁵³ Diese neue Politik trug wesentlich zum Ansehen des Landes und zur Wiederherstellung des Vertrauens in die aktive Neutralität durch die Siegermächte bei.⁵⁴ In Bezug auf den SVV hatte sie zur Folge, dass es ab 1944 zwischen dem Verband und den Behörden zunehmend zu Differenzen in Fragen der Flüchtlingspolitik kam. Eine unverändert restriktive Haltung des SVV stand einer zunehmend moderaten Praxis der Behörden entgegen. Am offenkundigsten zeigte sich der Bruch zwischen SVV und den Behörden schließlich in einer öffentlichen Distanzierung vom SVV durch den Bundespräsidenten Eduard von Steiger in einer Nationalratssitzung anlässlich einer Diskussion zur Flüchtlingspolitik, welche das Ende der Zusammenarbeit zwischen den Behörden und dem Verband einleitete.⁵⁵

5 Denunziationswege

Als gleichsam »materielle Spur«⁵⁶ der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Verband ermöglicht es die Analyse der Denunziationswege, auf die in diesem Abschnitt näher eingegangen wird, einen direkten Einfluss der Denunziations-

51 Unabhängige Expertenkommission: Schlussbericht, S. 112.

52 Vgl. Aron Kamis-Müller: Antisemitismus in der Schweiz 1900–1930. Zürich 1990.

53 Unabhängige Expertenkommission: Die Schweiz und die Flüchtlinge, S. 268.

54 Ebenda, S. 271.

55 Beantwortung der Interpellation Bircher durch Bundespräsident von Steiger v. 21.9.1944; BAR J.2.11, 1000/1406, Bd. 57, S. 1–12.

56 Brigitte Studer: Biografische Erfassungslogiken. Personenakten im Verwaltungsstaat und in der Geschichtsschreibung. In: Claudia Kaufmann, Walter Leimgruber (Hg.): Was Akten bewirken können. Integrations- und Ausschlussprozesse eines Verwaltungsvorgangs. Zürich 2008, S. 139–149, hier 146.

meldungen auf die praktische Politik und auf die soziale Realität der Denunzierten nachzuzeichnen.

Wie bereits beschrieben, reagierten die Bundesbehörden von Beginn an positiv auf die Meldungen aus dem privaten Nachrichtendienst und schufen somit ein Denunziationsangebot. Im Umgang der Bundesbehörden mit den Meldungen des SVV zeigte sich eine große Selbstverständlichkeit und ein Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Verbandes. So wurden die Meldungen des SVV innerhalb der verschiedenen Amtsstellen der Bundesbehörden direkt und effizient weitergeleitet, ohne dass ihre Herkunft verschleiert wurde.⁵⁷ Dies zeugt von einem rationalisierten und institutionalisierten Verhältnis zwischen dem SVV und den Bundesbehörden.

An die kantonalen Polizeidienste, welche mit den polizeilichen Ermittlungen beauftragt waren, wurden die Meldungen des SVV dagegen anonymisiert weitergeleitet: »Wir übermitteln Ihnen in beiliegender Abschrift eine uns heute zugegangene Meldung«,⁵⁸ schrieb die Bundesanwaltschaft an die Kantonspolizei Zürich ohne mitzuteilen, dass die »zugegangene Meldung« vom SVV stammte. Diese Anonymisierung hatte eine Formalisierung zur Folge, welche den privaten, denunziatorischen Hintergrund der Meldung außer Acht ließ. Diese angebliche Rechtmäßigkeit konnte sich auf die polizeiliche Untersuchung auswirken. Es zeigt sich, dass sich die ermittelnden Polizeistellen oft von den in der weitergeleiteten Meldung formulierten Vorannahmen leiten ließen und sie bestätigten, ohne dass die Ermittlungen zu einem eindeutigen Resultat führten. Dies soll an einem Beispiel gezeigt werden: Der SVV meldete der Bundesanwaltschaft, dass Adalbert Nemecek, ein tschechischer Schneider, aktiver Kommunist sei und mit einer »Glätterin« (= Büglerin) ein Geschäft führe,⁵⁹ was aufgrund des Erwerbsverbots und des Verbots politischer Aktivitäten ein zweifaches Delikt darstellte. Die Meldung wurde von der Bundesanwaltschaft anonymisiert an das Polizeikommando des Kantons Zürich weitergeleitet.⁶⁰ Die Ermittlungen der Polizei führten zu keinen eindeutigen Resultaten. Bezüglich der politischen Gesinnung schrieb der ermittelnde Polizeikorporal: »Als Ausländer und besonders darum, weil er weis [sic!], dass er schon mehrmals als Agitator denunziert worden ist, tritt er als Parteimitglied nicht offen hervor, da ihm bekannt ist, dass die Fremdenpolizei hinter ihm her ist.«⁶¹

57 Wenn eine Amtsstelle eine Meldung des SVV an eine andere weiterleitete, wurde die Herkunft der Information namentlich genannt. Vgl. bspw. Brief von Rothmund an BA v. 16.3.1944; BAR, E 4320(B), 1971/78, Bd. 81, unpag.

58 Brief von BA an Polizeidirektion Kanton Zürich v. 21.4.1933; BAR E 4320(B), 1000/851, Bd. 22, unpag.

59 Meldung des SVV an BA v. 12.10.1933; BAR, E 4320(B), 1990/270, Bd. 16, unpag.

60 Brief von BA an Polizeikommando Kanton Zürich v. 13.10.1933; BAR, E 4320(B), 1990/270, Bd. 16, unpag.

61 Polizeirapport des Polizeikorps Kanton Zürich, Beilage zu: Brief von Polizeikommando Kanton Zürich an BA v. 25.11.1933; BAR, E 4320(B), 1990/270, Bd. 16, unpag.

Ohne einen Beweis für eine politische Aktivität liefern zu können, bestätigte der Polizeikorporal den Verdacht des SVV mit dem Zirkelschluss, dass Nemecek wisse, dass er beobachtet und denunziert (!) werde und daher politisch nicht hervortrete. Auch die Erwerbstätigkeit konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Dennoch schrieb der Polizeikorporal, dass es angebracht sein dürfte, »diesen Nemecek einaml [sic!] auszuweisen«. ⁶² Die beiden Hauptargumente für die Ausweisungsforderung – Erwerbstätigkeit und politische Aktivität – basieren einzig auf Vermutungen, die vom SVV erstmals geäußert und vom ermittlungsführenden Polizeikorporal reproduziert und damit bestätigt wurden. Allein eine Intervention der Eidgenössischen Fremdenpolizei verhinderte die Ausweisung des Adalbert Nemecek. ⁶³

Die Meldungen des SVV hatten sich in diesem und zahlreichen weiteren Beispielen im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen verselbstständigt. Indem die Denunziationsmeldungen reale Auswirkungen auf die Denunzierten hatten, übten sie performative Macht aus. Sie bildeten Entscheidungsgrundlagen für polizeiliche Untersuchungen oder lenkten die Aufmerksamkeit auf gewisse Personen und boten damit einen Zugriff auf die soziale Realität der Personen. ⁶⁴ In den Akten lassen sich zahlreiche polizeiliche Maßnahmen, darunter Hausdurchsuchungen, polizeiliche Überwachungen, Postkontrolle, Auftrittsverbot für politische Redner, verweigerte Einbürgerungen bis hin zur Ausweisung von ausländischen Personen feststellen, welche alle auf Denunziationsmeldungen des SVV zurückzuführen sind. Sie können damit auch als Kontroll- und Ausgrenzungsmechanismen verstanden werden, die im Rahmen der polizeilichen Wissensproduktion in Machtstrategien übersetzt wurden. ⁶⁵

6 Motive und Effekte des Denunzierens in der Schweiz

An diesen Befund anschließend kann direkt auf mögliche Motive der Denunzianten übergeleitet werden: Indem die Denunziationen polizeiliche Ermittlungen auslösten, stellten sie eine Möglichkeit zur Machtpartizipation dar. Die Deutung von Denunziationen als gesellschaftlicher Machtpartizipation geht u. a. auf Michel Foucault zurück. ⁶⁶ Das Bedürfnis nach Machtpartizipation

⁶² Ebenda.

⁶³ Brief von Eidgenössischer Fremdenpolizei an Fremdenpolizei Zürich v. 24.11.1933; BAR, E 4320(B), 1990/270, Bd. 16, unpag.

⁶⁴ Vgl. Studer: Erfassungslogiken, S. 139–149, hier 141.

⁶⁵ Vgl. Thonfeld: Sozialkontrolle, S. 54.

⁶⁶ Vgl. Alf Lüdtke; Gerhard Fürmetz: Denunziation und Denunzianten. Politische Teilhabe oder Selbstüberwachung. In: SOWI – Sozialwissenschaftliche Informationen 27 (1998) 2, S. 80–86, hier 80.

wurde in der Schweiz maßgeblich durch die Einführung des Proporzwahlsystems ausgelöst, welches zur Folge hatte, dass ab 1919 vermehrt sozialdemokratische Politiker ins Parlament einzogen. In rechtsbürgerlichen Kreisen, so auch im SVV, wuchs die Angst, Macht an die Linke abgeben zu müssen. ⁶⁷ Dies bot den Boden für die gefühlte Rechtmäßigkeit der Denunziationen. Der SVV fand als Teil einer rechtsbürgerlichen, aus seiner Sicht bedrohten Elite seinen eigenen Weg, Macht zu behalten und das Proporzwahlssystem bis zu einem bestimmten Grad sogar zu unterlaufen.

Die Denunziationen des SVV sind auch Ausdruck einer ernsten Besorgnis über die Zukunft der Schweiz. Sie drücken Angst vor dem Umsturz aus und sind Zeugnis von Loyalität zum Staat. ⁶⁸ Als (aus ihrer Sicht) verantwortungsbewusste Staatsbürger fühlten sich die SVV-Mitglieder verpflichtet, die Schweiz vor den »unzuverlässigen Linken« zu schützen. Gerade die Beispiele zu den denunzierten Emigranten und Flüchtlingen zeigen aber auch, dass sich der SVV nicht nur vor einem politischen Umsturz fürchtete, sondern dass immer auch ein Unbehagen durch die Konfrontation mit »fremden« Menschen mitspielte, welche die angebliche Homogenität der schweizerischen Gesellschaft bedrohten.

Für die kommunistischen Vertrauensmänner galt dieses Motiv nicht. Denkbar wären für sie private Motive bei allfälligen Differenzen innerhalb der KPS oder monetäre Interessen. Anders als die bürgerlichen Vertrauensmänner wurden die kommunistischen Vertrauensleute wie erwähnt für ihre Dienste immer bezahlt. ⁶⁹

Auch Motive für den Empfang der Denunziationen durch die Behörden lassen sich aus den Quellen ableiten. Der Empfang der Denunziationen kann mit der Form der staatlichen Informationsgewinnung erklärt werden. So transportierten die Denunziationen Wissen über Vorfälle, die sich jenseits des Einflussbereiches der Bundesbehörden abspielten. ⁷⁰ Dieser Aspekt war in der Schweiz insbesondere vor 1935 von großer Bedeutung, da erst dann die Bundespolizei, also ein politischer Nachrichtendienst auf nationaler Ebene, eingerichtet wurde. So schrieb der Chef des Polizeidienstes der Bundesanwaltschaft 1948, dass die Meldungen des SVV eine Informationslücke schlossen:

»[D]ie politisch-polizeiliche Information [war] im allgemeinen in der Schweiz wenig entwickelt. Die Bundesanwaltschaft hatte Mühe, sich eine gründliche politisch-polizeiliche Information zu beschaffen [...]. Gerade in dieser Zeitspanne [vor 1935 –

⁶⁷ Vgl. Unabhängige Expertenkommission: Schlussbericht, S. 71.

⁶⁸ Vgl. zu dieser These Alf Lüdtke: Denunziationen. Politik aus Liebe? In: Hohkamp; Ulbrich (Hg.): Der Staatsbürger als Spitzel, S. 397–407.

⁶⁹ Vgl. Brief von SVV an Thélén, J. A. v. 24.2.1947; BAR, J 2.11, 1000/1406, Bd. 43, unpag.

⁷⁰ Vgl. zu dieser These Holger Zaunstöck: Das Milieu des Verdachts. Akademische Freiheit, Politikgestaltung und die Emergenz der Denunziation in Universitätsstädten des 18. Jahrhunderts. Berlin 2010, S. 20.

D.Z.] waren die Informationen des [S]VV als Ergänzung oder vielmehr als Ausgangspunkt für amtliche Erhebungen besonders willkommen [...].⁷¹

Das Denunziationsangebot hatte aber auch strukturelle Ursachen, die spezifisch mit dem politischen System der Schweiz zusammenhängen und erklären, warum die Zusammenarbeit mit einem privaten Verband als selbstverständlich erachtet wurde: Die Maßnahmen des Staates sind in einer Demokratie⁷² grundsätzlich auf das Leitbild des selbstständigen Bürgers ausgerichtet. Da in der Schweiz ein starker staatsbürokratischer Apparat fehlt(e)⁷³, formulierte der »limitierte«⁷⁴ Staat ein Partizipationsangebot für Vereine und Verbände, die in der Folge das soziale Leben in der Schweiz formten und staatliche Aufgaben übernahmen.⁷⁵

Die Effekte der Denunziationen für die denunzierten Personen wurden bereits erwähnt. Die Denunziationen hatten jedoch auch Auswirkungen auf die Denunzierenden. Für die Verbandsmitglieder hatten die Denunziationen positive Rückwirkungen, sie prägten die Selbstwahrnehmung der Verbandsmitglieder als loyale, vertrauenswürdige Staatsbürger: »[W]ir [wollen] wirklich eidgenössische Kameraden sein [...], die durch alles und jedes hindurch und bis zum Letzten Eidgenossen [sind]«⁷⁶, schrieb ein SVV-Mitglied. Dieser Effekt könnte mit Michel Foucault, der die produktiven Effekte der Macht betont, mit dem Schlagwort »Subjektivierung« beschrieben werden. Die Ablehnung und Abwertung des Fremden durch die Denunziationen hatte aufseiten der Denunzianten identitätsstabilisierende Effekte.⁷⁷ Diese Selbstwahrnehmung als zuverlässige Staatsbürger wurde von den Behörden bestätigt:

71 Brief von Polizeidiens der BA an Bundesanwalt Stämpfli v. 12.1.1948; BAR, E 4001(C), 1000/783, Bd. 153, S. 1.

72 Angesichts des mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs einberufenen und bis 1952 geltenden Vollmachtenregimes, welches die demokratischen Grundsätze und die Verfassung in starkem Maße unterlief, stellt sich die Frage, ob für die Zeit des Zweiten Weltkrieges von »Demokratie« gesprochen werden kann. (Vgl. Jost: Bedrohung und Enge, S. 731–819, hier 738 f.) Da das Denunziationsangebot unter demokratischer Regierungsform geschaffen wurde und (aufgrund von institutionellen und personellen Kontinuitäten) auch in der Zeit des Zweiten Weltkrieges aufrechterhalten wurde, wird in diesem Beitrag von Denunziationen in einem demokratischen System gesprochen.

73 Manfred Hettling: Bürgerlichkeit. Eine ungesellige Geselligkeit. In: Ders. (Hg.): Eine kleine Geschichte der Schweiz, S. 227–264, hier 233.

74 Ebenda, S. 248.

75 Bspw. das Fürsorgewesen, das ursprünglich durch Frauenvereine organisiert war. Vgl. Ebenda, S. 263.

76 Brief von Waldvogel, H. an SVV v. 16.12.1938; BAR J.2.11, 1000/1406, Bd. 53, unpag.

77 Darauf haben Stieglitz und Thonfeld hingewiesen. Thonfeld: Sozialkontrolle; Olaf Stieglitz: Wort-Macht, Sichtbarkeit und Ordnung. Überlegungen zu einer Kulturgeschichte des Denunzierens während der McCarthy-Ära. In: Jürgen Martschukat (Hg.): Geschichte schreiben mit Foucault. Frankfurt/M. 2002, S. 241–256.

»Nach unserer Auffassung handelte es sich hierbei [sic!] um Meldungen wachsender Schweizer«⁷⁸, meinte ein Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft.

In diesem Beitrag wurde gezeigt, dass auch ein demokratisches System Denunziationen als legitimes staatsbürgerliches Verhalten nicht ausschließt. Denunziationen bedingten auch in der Schweiz staatliches Handeln. Es wurde gezeigt, dass die staatlichen Normen und Vorstellungen im Bereich des Staatsschutzes in die Praktiken der Denunzianten eingingen. Umgekehrt formte der SVV durch seine Denunziationen die behördliche Haltung im Bereich des Staatsschutzes über Jahre hinweg mit und löste zahlreiche polizeiliche Ermittlungen aus. Die Vorstellung, dass es sich bei den Denunzianten um zuverlässige Staatsbürger handle, bestärkte die Wahrnehmung der Linken als »unzuverlässige« Staatsbürger, die überwacht werden mussten – eine Auffassung, welche sich in der Schweiz bis in die späten 1980er Jahre nachweisen lässt und die im Fichenskandal⁷⁹ von 1989 ihren sichtbarsten Ausdruck erhielt.

78 Stellungnahme von Kommissar Maurer zur Interpellation betr. Beziehungen der BA zum SVV v. 12.12.1948; BAR, E 4001(C), 1000/783, Bd. 153, S. 1.

79 1989 wurde bekannt, dass die schweizerische Bundespolizei eine Kartei zu rd. 900 000 Personen führte, die sie aus teils diffusen Gründen als verdächtig erachtete. Die große Entrüstung führte zur Einsetzung von zwei parlamentarischen Untersuchungskommissionen. Vgl. Georg Kreis: Staatsschutz. In: HLS, Version v. 27.2.2012, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17352.php> (letzter Zugriff: 7.6.2013).